



Protokoll 152. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 23. Juni 2021, 17.00 Uhr bis 22.20 Uhr, in der Halle 9
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsident Mischa Schiwow (AL)

Beschlussprotokoll: Sekretär Simon Kälin-Werth (Grüne)

Anwesend: 115 Mitglieder

Abwesend: Peter Anderegg (EVP), Përparim Avdili (FDP), Markus Baumann (GLP), Brigitte FÜRer (Grüne), Simone Hofer Frei (GLP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Vera Ziswiler (SP), 2 Sitze vakant

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2021/245](#) * Weisung vom 09.06.2021: VHB
Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Gestaltungsplanpflicht Brunaupark/Uetlihof, Zürich-Wiedikon, Kreis 3, Abschreibung einer Motion
3. [2021/247](#) * Weisung vom 09.06.2021: STR
Finanzdepartement, Terialberichte I/2021 der Organisationseinheiten mit Produktgruppen-Globalbudgets
4. [2021/248](#) * Weisung vom 09.06.2021: VSS
Sportamt, Immobilien Stadt Zürich, Dolder Bad und Kunsteisbahn Dolder, Instandsetzung Bad, Projektierungskredit, Dolder Eis und Bad AG, Beiträge 2022–2026 VHB
5. [2021/249](#) * Weisung vom 09.06.2021: VS
Sozialdepartement, Verein Kafi Klick, Beiträge 2022–2025
6. [2021/255](#) * Weisung vom 16.06.2021: STP
Kultur, Stiftung Millers Studio, Beiträge 2022–2025
7. [2021/257](#) * Weisung vom 16.06.2021: STP
Kultur, Theater Rigiblick, Beiträge 2022–2025

- | | | | |
|-----|---------------------------------|--|-----|
| 8. | 2021/264 * | Weisung vom 16.06.2021:
Schul- und Sportdepartement, Änderung von Schulerlassen des Gemeinderats, insbesondere Anpassung an die neue Gemeindeordnung und an die Teilrevision des Volksschulgesetzes vom 20. April 2020 | VSS |
| 9. | 2021/237 *
E | Postulat von Martina Zürcher (FDP), Përparim Avdili (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 02.06.2021:
Ordentliche Bewilligung für die Critical Mass hinsichtlich einer Durchführung ohne grössere Beeinträchtigung der zentralen Verkehrswege | VSI |
| 10. | 2017/104 | Weisung vom 09.06.2021:
Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Errichtung eines kommunalen Wohnraumfonds zur Förderung des Kaufs von Bauland und Liegenschaften durch gemeinnützige Wohnbauträger, Antrag auf zweite Fristerstreckung | FV |
| 11. | 2017/315 | Weisung vom 09.06.2021:
Motion von Marco Denoth betreffend Bau einer attraktiven Velo-Verbindung auf der Langstrasse zwischen der Zoll- und Militär-/Schöneeggstrasse mit getrennter Führung des Fussverkehrs, Antrag auf Fristerstreckung | VTE |
| 12. | 2021/83 | Weisung vom 10.03.2021:
Finanzverwaltung, Jahresrechnung 2020, Genehmigung | FV |
| 13. | 2021/164 | Weisung vom 14.04.2021:
Finanzverwaltung, Rechnung 2020 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen, Abnahme | FV |
| 14. | 2021/65 | Weisung vom 03.03.2021:
Human Resources Management, Einmalzulage COVID-19 für städtische Mitarbeitende, die während der Corona-Krise unter grössten Belastungen und erschwerten Bedingungen gearbeitet haben, Bericht und Abschreibung einer Motion | FV |
| 15. | 2016/387 | Weisung vom 18.09.2019:
Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Quartieranbindung Ost beim Bahnhof Oerlikon, Projektierung und Umsetzung der Etappe 3b, Antrag auf Fristerstreckung | VTE |
| 16. | 2021/85 | Weisung vom 10.03.2021:
Grün Stadt Zürich, Sportzentrum Heerenschürli, Umbau Rasensportfelder R13, R14, Neubau eines Kunstrasensportfelds, zweier Beachsportfelder und einer Zürifit-Anlage, Anpassung Umfeld FCZ-Gebäude, Objektkredit | VTE |
| 17. | 2021/133 | Weisung vom 31.03.2021:
Grün Stadt Zürich, Neophytenbekämpfung und Monitoring, jährlich wiederkehrende neue Ausgaben | VTE |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 19. | 2019/414 | A/P | Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 25.09.2019:
Rahmenkredit für eine zusätzliche Pflanzung von Laubbäumen, Sträuchern und Hecken mit grossem Grünvolumen | VTE |
| 20. | 2019/418 | E/A | Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 25.09.2019:
Durchgehender und sicherer Veloweg zwischen Sihlcity und Kantonsschule Freudenberg | VTE |
| 21. | 2019/439 | A/P | Motion von Marcel Savarioud (SP), Felix Moser (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 23.10.2019:
Ausweitung der Baumschutzgebiete auf Schwamendingen, Anpassung der Bau- und Zonenordnung (BZO) | VHB |
| 22. | 2019/442 | E/A | Postulat von Marcel Savarioud (SP), Roger-Paul Speck (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 23.10.2019:
Baumfäll-Moratorium in Schwamendingen in Zusammenarbeit mit allen Liegenschaftsbesitzenden | VTE |
| 23. | 2019/472 | E/T | Postulat von Stephan Iten (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 30.10.2019:
Normgerechter Ausbau der Zehntenhausstrasse bei der Hausnummer 8 und Schaffung von Platz für eine Aussenbestuhlung für den Gasthof Löwen | VTE |
| 24. | 2019/488 | E/A | Postulat von Severin Pflüger (FDP) und Marcel Müller (FDP) vom 13.11.2019:
Verbindung der Quartiere Oerlikon mit Wipkingen und Affoltern mit Höngg durch Velotunnels sowie Nutzung des Lettentunnels für Velos | VTE |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4103. 2021/285**Erklärung der SP-Fraktion vom 23.06.2021:
Bericht des Stadtrats zur Situation zwei Jahre nach Inkrafttreten der Teilrevision
der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung**

Namens der SP-Fraktion verliest Natascha Wey (SP) folgende Fraktionserklärung:

Vorschulische Kinderbetreuung: Qualität muss jetzt Priorität haben.

Heute Nachmittag hat der Stadtrat den Bericht zur Situation zwei Jahre nach Inkrafttreten der Teilrevision der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich publiziert. Die im Bericht aufgeführten Erkenntnisse bestärken die SP Fraktion in ihrer bisherigen Stossrichtung: nach dem nötigen Fokus auf Angebotsschaffung, müssen jetzt zwingend die Qualität und die Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Zwei Jahre nach Inkrafttreten des neuen, vereinfachten Finanzierungsmodells und nach Abschaffung der Kontingentierung von Plätzen in einzelnen Kitas lässt sich festhalten: der Ausbau hat funktioniert. Die Anzahl der gesamthaft angebotenen Plätze in der Stadt Zürich hat sich erhöht, ebenso die Anzahl der subventionierten Plätze. Im Jahr 2019 betragen die subventionierten Plätze 40% von insgesamt 11 331 angebotenen Plätzen.

Die Schaffung von Plätzen hat sogar dazu geführt, dass die Auslastung in den einzelnen Kitas leicht sinkend ist, im Jahr 2019 bei durchschnittlich 81% lag. Das Normkostenmodell berücksichtigt eine Auslastung von 90%. Der durchschnittliche Kostensatz von rund CHF 119 in Kitas mit subventionierten Plätzen lässt darauf schliessen, dass das Gros der Kitas mit dem im Modell berechneten Normkostensatz von CHF 120 einigermaßen kostendeckend wirtschaften kann. So haben im Jahr 2019 60% der Kitas einen Betriebserfolg verzeichnet. Die SP Fraktion teilt daher die Grundanalyse des Stadtrates, dass das Normkostenmodell keine groben Systemfehler aufweist. Trotzdem ist bei den Züricher Kitas was die Finanzierung anbelangt längst nicht alles in Minne. Denn obschon die Normkosten rechnerisch reichen, beruhen sie auf einer Rechnung, die nur mit rund der Hälfte ausgebildetem Personal und mit Praktikant:innen arbeitet. Diese Zustände sind der Qualität abträglich.

Stossend sind weiter die Erkenntnisse zur kitainternen Verteilung des Geldes: Es besteht eine klare Differenz zwischen den erhobenen Reallöhnen und den im Normkostenmodell hinterlegten Bruttolöhnen. Dies insbesondere bei den unteren Lohnstufen, sprich den Fachpersonen Betreuung, die betriebswirtschaftlich am stärksten ins Gewicht fallen. Durchschnittlich verdient eine Fachperson Betreuung im Jahr 2019 CHF 62 600, hinterlegt wären im Normkostenmodell jedoch CHF 72 300. Eine weitere Erhöhung des Normkostensatzes muss daher zwingend mit einer Auflage verbunden werden, die Löhne und die Lohnentwicklung der tieferen Personalkategorien zu verbessern. Irritierend ist zudem, dass die Löhne der Geschäftsleitungen mit durchschnittlich CHF 107 300 Franken weit über den im Normkostenmodell hinterlegten CHF 90 300 liegen.

Auf den ersten Blick erfreulich ist zudem die leichte Abnahme der Praktikant:innen in den Züricher Kitas. Insgesamt bleibt der Anteil jedoch zu hoch: für die SP ist klar, die Ausbeutung von Praktikant:innen in der vorschulischen Kinderbetreuung muss ein Ende haben. Vorpraktikas sind keine Bedingung für eine Lehrstelle und sollen daher maximal 3 Monate dauern. Vorderhand scheint in Zürich eine Umwandlung von Praktikas in Lehrstellen stattzufinden. Das ist zwar begrüssenswert, doch auch die Betreuung von Lernenden braucht genügend Personal und genügend Zeit. Diese Faktoren sind im Normkostenmodell bei den Personalkosten nicht berücksichtigt.

Die SP Fraktion ist gewillt, zu Qualitätszwecken mehr Geld in den Bereich der vorschulischen Kinderbetreuung zu investieren, möchte aber dieses Geld zielgerichtet beim Personal, in der Ausbildung von Personal und in der Betreuungsqualität sehen. Mehr Zeit und mehr Geld fürs Personal sind absolut zwingend. Diesbezügliche Vorstösse wurden bereits eingereicht: Die dringliche Motion GR Nr. 2020/44 fordert eine generelle und massgebliche Erhöhung der Qualität in den subventionierten Kinderbetreuungseinrichtungen.

Das Postulat 2020/45 fordert zudem Unterstützung in der Aushandlung eines Gesamtarbeitsvertrages, der als Grundlage für die Subventionspraxis dienen soll. Denn es darf nicht passieren, dass durch eine allgemeine, ungesteuerte Erhöhung des Normkostensatzes die Gewinne der Kitas oder die Löhne der Geschäftsleitungen steigen oder aufgrund der sinkenden Auslastung vermehrt in Marketing investiert wird. Die SP Fraktion wird alles daran setzen, Arbeitsbedingungen und Betreuungsschlüssel in den Züricher Kitas zu verbessern sowie die Betreuungsqualität zu erhöhen. Nur so kann die vorschulische Kinderbetreuung leisten, wofür sie gedacht wäre: einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit, zur sozialen Durchmischung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

G e s c h ä f t e

- 4104. 2021/245**
Weisung vom 09.06.2021:
Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung,
Gestaltungsplanpflicht Brunaupark/Uetlihof, Zürich-Wiedikon, Kreis 3,
Abschreibung einer Motion
- Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 21. Juni 2021
- 4105. 2021/247**
Weisung vom 09.06.2021:
Finanzdepartement, Tertialberichte I/2021 der Organisationseinheiten mit
Produktegruppen-Globalbudgets
- Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 21. Juni 2021
- 4106. 2021/248**
Weisung vom 09.06.2021:
Sportamt, Immobilien Stadt Zürich, Dolder Bad und Kunsteisbahn Dolder,
Instandsetzung Bad, Projektierungskredit, Dolder Eis und Bad AG, Beiträge
2022–2026
- Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 21. Juni 2021
- 4107. 2021/249**
Weisung vom 09.06.2021:
Sozialdepartement, Verein Kafi Klick, Beiträge 2022–2025
- Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 21. Juni 2021
- 4108. 2021/255**
Weisung vom 16.06.2021:
Kultur, Stiftung Millers Studio, Beiträge 2022–2025
- Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 21. Juni 2021
- 4109. 2021/257**
Weisung vom 16.06.2021:
Kultur, Theater Rigiblick, Beiträge 2022–2025
- Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 21. Juni 2021

4110. 2021/264**Weisung vom 16.06.2021:****Schul- und Sportdepartement, Änderung von Schulerlassen des Gemeinderats, insbesondere Anpassung an die neue Gemeindeordnung und an die Teilrevision des Volksschulgesetzes vom 20. April 2020**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 21. Juni 2021

4111. 2021/237**Postulat von Martina Zürcher (FDP), Përparim Avdili (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 02.06.2021:****Ordentliche Bewilligung für die Critical Mass hinsichtlich einer Durchführung ohne grössere Beeinträchtigung der zentralen Verkehrswege**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4112. 2017/104**Weisung vom 09.06.2021:****Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Errichtung eines kommunalen Wohnraumfonds zur Förderung des Kaufs von Bauland und Liegenschaften durch gemeinnützige Wohnbauträger, Antrag auf Fristerstreckung**

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2017/104.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Martin Götzl (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Walter Angst (AL) stellt namens der AL-Fraktion folgenden Änderungsantrag zum Antrag des Stadtrats:

Die Frist zur Erfüllung der am 6. Juni 2018 überwiesenen Motion, GR Nr. 2017/104 der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen vom 12. April 2017 betreffend Errichtung eines kommunalen Wohnraumfonds zur Förderung des Kaufs von Bauland und Liegenschaften durch gemeinnützige Wohnbauträger, wird um weitere sechs drei Monate bis zum 6. Dezember September 2021 verlängert.

Der Rat stimmt dem Antrag von Walter Angst (AL) mit 70 gegen 39 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Abstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag des Stadtrats mit 94 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 6. Juni 2018 überwiesenen Motion, GR Nr. 2017/104 der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen vom 12. April 2017 betreffend Errichtung eines kommunalen Wohnraumfonds zur Förderung des Kaufs von Bauland und Liegenschaften durch gemeinnützige Wohnbauträger, wird um weitere drei Monate bis zum 6. September 2021 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

4113. 2017/315

Weisung vom 09.06.2021:

Motion von Marco Denoth betreffend Bau einer attraktiven Veloverbindung auf der Langstrasse zwischen der Zoll- und Militär-/Schöneeggstrasse mit getrennter Führung des Fussverkehrs, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2017/315.

Simone Brander (SP) beantragt namens der SP-Fraktion die Ablehnung der sofortigen materiellen Behandlung und Überweisung an die SK SID/V.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Simone Brander (SP) zieht den Antrag auf Ablehnung der sofortigen materiellen Behandlung und Überweisung an die SK SID/V zurück.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 99 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 19. September 2018 überwiesenen Motion, GR Nr. 2017/315, von Gemeinderat Marco Denoth (SP) betreffend Bau einer attraktiven Veloverbindung auf der Langstrasse zwischen der Zoll- und Militär-/Schöneeggstrasse mit getrennter Führung des Fussverkehrs, wird um zwölf Monate bis zum 19. September 2022 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

4114. 2021/83**Weisung vom 10.03.2020:****Finanzverwaltung, Jahresrechnung 2020, Genehmigung**

Antrag des Stadtrats

1. Die Jahresrechnung und die Sonderrechnungen 2020 der Stadt Zürich werden genehmigt.
2. Die Jahresrechnung 2020 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich dem Eigenkapital zu belastenden Jahresverlust von Fr. 1 750 800.– wird genehmigt.
3. Die Jahresrechnung 2020 der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird zur Kenntnis genommen.
4. Die Jahresrechnung 2020 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Jahresrechnung 2020 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Jahresrechnung 2020 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen wird zur Kenntnis genommen.
7. Die Jahresrechnung 2020 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird dem Gemeinderat später mit separater Vorlage zur Abnahme unterbreitet.

Beratungsgrundlagen:

- Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 14. Juni 2021

Eintretensdebatte:

Felix Moser (Grüne) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2020 vor.

Eintreten ist unbestritten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt folgende neue Dispositivziffer 1 (Die Dispositivziffern 1–7 werden zu Dispositivziffern 2–8):

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat des Kantons Zürich die Jahresrechnung 2019 der Stadt Zürich auf Grund der am 1. Januar 2019 vorgenommenen Wertberichtigung der Immobilien des Stadtsitals Triemli nicht bewilligt hat und dass dieser Entscheid vom Stadtrat an das Verwaltungsgericht weitergezogen worden ist. Abhängig davon, wie der rechtskräftige Entscheid lauten wird, sind daher Auswirkungen auf die Jahresrechnungen 2019 und 2020 möglich.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Severin Pflüger (FDP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
 Minderheit: Walter Angst (AL), Referent; Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 1

Die RPK beantragt Zustimmung zur neuen Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Severin Pflüger (FDP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
 Enthaltung: Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 102 gegen 0 Stimmen (bei 10 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2 (bisher Dispositivziffer 1)

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
 Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3 (bisher Dispositivziffer 2)

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
 Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4 (bisher Dispositivziffer 3)

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 109 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5 (bisher Dispositivziffer 4)

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Ausstand: Andrea Leitner Verhoeven (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6 (bisher Dispositivziffer 5)

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7 (bisher Dispositivziffer 6)

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 7.

Mehrheit: Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 8 (bisher Dispositivziffer 7)

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 8.

Zustimmung: Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
Enthaltung: Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Ausstand: Elisabeth Schoch (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat des Kantons Zürich die Jahresrechnung 2019 der Stadt Zürich auf Grund der am 1. Januar 2019 vorgenommenen Wertberichtigung der Immobilien des Stadtsitals Triemli nicht bewilligt hat und dass dieser Entscheid vom Stadtrat an das Verwaltungsgericht weitergezogen worden ist. Abhängig davon, wie der rechtskräftige Entscheid lauten wird, sind daher Auswirkungen auf die Jahresrechnungen 2019 und 2020 möglich.
2. Die Jahresrechnung und die Sonderrechnungen 2020 der Stadt Zürich werden genehmigt.
3. Die Jahresrechnung 2020 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich dem Eigenkapital zu belastenden Jahresverlust von Fr. 1 750 800.– wird genehmigt.
4. Die Jahresrechnung 2020 der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird zur Kenntnis genommen.
5. Die Jahresrechnung 2020 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
6. Die Jahresrechnung 2020 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
7. Die Jahresrechnung 2020 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen wird zur Kenntnis genommen.
8. Die Jahresrechnung 2020 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird dem Gemeinderat später mit separater Vorlage zur Abnahme unterbreitet.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 30. Juni 2021 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

4115. 2021/164**Weisung vom 14.04.2021:****Finanzverwaltung, Rechnung 2020 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen, Abnahme**

Ausstand: Elisabeth Schoch (FDP)

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Jahresrechnung 2020 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen (Beilage).

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Renate Fischer (SP)

Schlussabstimmung

Die RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)

Enthaltung: Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 107 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Jahresrechnung 2020 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen (Beilage).

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 30. Juni 2021 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

4116. 2021/65**Weisung vom 03.03.2021:****Human Resources Management, Einmalzulage COVID-19 für städtische Mitarbeitende, die während der Corona-Krise unter grössten Belastungen und erschwerten Bedingungen gearbeitet haben, Bericht und Abschreibung einer Motion**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Motion der SP- und Grüne-Fraktionen betreffend Einmalzulage für städtische Mitarbeitende, die während der Corona-Krise unter grössten Belastungen und erschwerten Bedingungen gearbeitet haben, wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2020/158, der SP- und Grüne-Fraktionen vom 6. Mai 2020 betreffend Einmalzulage für städtische Mitarbeitende, die während der Corona-Krise

unter grössten Belastungen und erschwerten Bedingungen gearbeitet haben, wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Anjushka Früh (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Motion der SP- und Grüne-Fraktionen betreffend Einmalzulage für städtische Mitarbeitende, die während der Corona-Krise unter grössten Belastungen und erschwerten Bedingungen gearbeitet haben, wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Anjushka Früh (SP), Referentin; Präsident Simon Diggelmann (SP), Përparim Avdili (FDP), Judith Boppart (SP), Hans Dellenbach (FDP), Isabel Garcia (GLP), Roland Hurschler (Grüne), Luca Maggi (Grüne), Patrik Maillard (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Vera Ziswiler (SP)

Minderheit: Martin Götzl (SVP), Referent; Vizepräsidentin Maria del Carmen Señorán (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Anjushka Früh (SP), Referentin; Präsident Simon Diggelmann (SP), Përparim Avdili (FDP), Judith Boppart (SP), Hans Dellenbach (FDP), Isabel Garcia (GLP), Roland Hurschler (Grüne), Luca Maggi (Grüne), Patrik Maillard (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Vera Ziswiler (SP)

Minderheit: Martin Götzl (SVP), Referent; Vizepräsidentin Maria del Carmen Señorán (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Anjushka Früh (SP), Referentin; Präsident Simon Diggelmann (SP), Vizepräsidentin Maria del Carmen Señorán (SVP), Përparim Avdili (FDP), Judith Boppart (SP), Hans Dellenbach (FDP), Isabel Garcia (GLP), Martin Götzl (SVP), Roland Hurschler (Grüne), Luca Maggi (Grüne), Patrik Maillard (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Vera Ziswiler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 106 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Motion der SP- und Grüne-Fraktionen betreffend Einmalzulage für städtische Mitarbeitende, die während der Corona-Krise unter grössten Belastungen und erschwerten Bedingungen gearbeitet haben, wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2020/158, der SP- und Grüne-Fraktionen vom 6. Mai 2020 betreffend Einmalzulage für städtische Mitarbeitende, die während der Corona-Krise unter grössten Belastungen und erschwerten Bedingungen gearbeitet haben, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 30. Juni 2021

4117. 2016/387

Weisung vom 18.09.2019:

Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Quartieranbindung Ost beim Bahnhof Oerlikon, Projektierung und Umsetzung der Etappe 3b, Antrag auf Fristerstreckung

Antrag des Stadtrats

Die Frist zur Erfüllung der am 20. Dezember 2017 überwiesenen Motion, GR Nr. 2016/387, der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Quartieranbindung Ost beim Bahnhof Oerlikon, Projektierung und Umsetzung der Etappe 3b, wird um sechs Monate bis zum 20. Juni 2020 verlängert.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Hans Jörg Käppeli (SP)

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Mehrheit:	Hans Jörg Käppeli (SP), Referent; Präsident Pascal Lamprecht (SP), Vizepräsident Andreas Egli (FDP), Simone Brander (SP), Heidi Egger (SP), Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne), Res Marti (Grüne), Severin Meier (SP), Markus Merki (GLP), Derek Richter (SVP), Dominique Zygmunt (FDP)
Minderheit:	Olivia Romanelli (AL), Referentin

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Mitteilung an den Stadtrat

4118. 2021/85**Weisung vom 10.03.2021:****Grün Stadt Zürich, Sportzentrum Heerenschürli, Umbau Rasensportfelder R 13, R 14, Neubau eines Kunstrasensportfelds, zweier Beachsportfelder und einer Zürifit-Anlage, Anpassung Umfeld FCZ-Gebäude, Objektkredit**

Antrag des Stadtrats

1. Für das Projekt «Sportzentrum Heerenschürli, Umbau Rasensportfelder R 13, R 14, Neubau eines Kunstrasen-, zweier Beachsportfelder und einer Zürifit-Anlage sowie Anpassungen im Umfeld des FCZ-Gebäudes» wird ein Netto-Objektkredit von Fr. 9 130 000.– bewilligt. Der Kredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukosten-indexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis 1. April 2020) und der Bauausführung.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass dem FCZ für die Nutzung der Rasensportfelder auf dem Sportzentrum Heerenschürli durch das 1. Herren- und Frauenteam sowie die weiteren Teams ein Tarif für nicht kommerzielle Zwecke gemäss der regulären Gebührenordnung verrechnet wird.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Vizepräsident Markus Kunz (Grüne)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

- Zustimmung: Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Referent; Präsident Michael Kraft (SP), Niyazi Erdem (SP), Andreas Kirstein (AL), Marcel Müller (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Jürg Rauser (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP), Ronny Siev (GLP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP), Barbara Wiesmann (SP)
- Enthaltung: Derek Richter (SVP) (für vakanten Sitz SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 101 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 62 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

- Zustimmung: Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Referent; Präsident Michael Kraft (SP), Niyazi Erdem (SP), Andreas Kirstein (AL), Marcel Müller (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Jürg Rauser (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP), Ronny Siev (GLP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP), Barbara Wiesmann (SP)
- Enthaltung: Derek Richter (SVP) (für vakanten Sitz SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 102 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für das Projekt «Sportzentrum Heerenschürli, Umbau Rasensportfelder R 13, R 14, Neubau eines Kunstrasen-, zweier Beachsportfelder und einer Zürich-Anlage sowie Anpassungen im Umfeld des FCZ-Gebäudes» wird ein Netto-Objektkredit von Fr. 9 130 000.– bewilligt. Der Kredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukosten-indexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis 1. April 2020) und der Bauausführung.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass dem FCZ für die Nutzung der Rasensportfelder auf dem Sportzentrum Heerenschürli durch das 1. Herren- und Frauenteam sowie die weiteren Teams ein Tarif für nicht kommerzielle Zwecke gemäss der regulären Gebührenordnung verrechnet wird.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 30. Juni 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 30. August 2021)

4119. 2021/133

Weisung vom 31.03.2021:

Grün Stadt Zürich, Neophytenbekämpfung und Monitoring, jährlich wiederkehrende neue Ausgaben

Antrag des Stadtrats

Zur Bekämpfung invasiver Neophyten werden jährlich wiederkehrende neue Ausgaben von Fr. 460 000.– (einschliesslich Mehrwertsteuer) bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Michel Urben (SP)

Schlussabstimmung

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Michel Urben (SP), Referent; Präsident Michael Kraft (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Niyazi Erdem (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Marcel Müller (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Elisabeth Schoch (FDP), Ronny Siev (GLP), Sebastian Vogel (FDP), Barbara Wiesmann (SP)

Enthaltung: Derek Richter (SVP) (für vakanten Sitz SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 100 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 62 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zur Bekämpfung invasiver Neophyten werden jährlich wiederkehrende neue Ausgaben von Fr. 460 000.– (einschliesslich Mehrwertsteuer) bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 30. Juni 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 30. August 2021)

4120. 2019/414

Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 25.09.2019:

Rahmenkredit für eine zusätzliche Pflanzung von Laubbäumen, Sträuchern und Hecken mit grossem Grünvolumen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Isabel Garcia (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1711/2019).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Isabel Garcia (GLP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 69 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4121. 2019/418

Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 25.09.2019: Durchgehender und sicherer Veloweg zwischen Sihlcity und Kantonsschule Freudenberg

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Luca Maggi (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1721/2019).

Derek Richter (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. Oktober 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Olivia Romanelli (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er einen durchgehenden und sicheren Veloweg zwischen Sihlcity und Kantonsschule Freudenberg sicherstellen kann. Insbesondere der Abschnitt ab Bederstrasse bis zur Kreuzung Brandschenkenstrasse ist so zu gestalten, dass sich Velofahrinnen und Velofahrer auf einer separaten Velospur sicher fortbewegen können. Zudem ist in beiden Richtungen eine deutlich sichtbar markierte Abbiegespur in die resp. aus der Brandschenkenstrasse vorzunehmen sowie eine sichere Überquerung der Tramgleise sicherzustellen. Wo nötig sind Parkplätze aufzuheben. Die Velospuren über die Kreuzungen Klopstockstrasse-Rieterstrasse und Waffenplatz-Brandschenkenstrasse sind ebenfalls deutlich sichtbar zu markieren. Alternativ kann auch eine Route von der Bederstrasse via Klopstockstrasse (gleiche Anforderungen) geprüft werden.

Luca Maggi (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements

Stellung.

Das geänderte Postulat wird mit 65 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4122. 2019/439

**Motion von Marcel Savarioud (SP), Felix Moser (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 23.10.2019:
Ausweitung der Baumschutzgebiete auf Schwamendingen, Anpassung der Bau- und Zonenordnung (BZO)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Savarioud (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1788/2019).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Olivia Romanelli (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Änderung der BZO vorzulegen, in der die 2016 eingeführten Baumschutzgebiete auf ~~näher zu bezeichnende Gebiete in der ganzen Stadt Schwamendingen~~ aus-
geweitet werden. Die Gebiete ~~im Kreis 12~~ sind so zu gestalten, dass der Bestand an Bäumen mit einem Stammumfang von über 80 cm stabil gehalten werden kann ~~und der Gartenstadtcharakter erhalten wird~~. Die Gebiete sollen private wie auch öffentliche Grundstücke umfassen.

Felix Moser (Grüne) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln und ist mit der Textänderung einverstanden.

Die geänderte Motion wird mit 63 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4123. 2019/442

**Postulat von Marcel Savarioud (SP), Roger-Paul Speck (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 23.10.2019:
Baumfäll-Moratorium in Schwamendingen in Zusammenarbeit mit allen Liegenschaftsbesitzenden**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Savarioud (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1791/2019).

Walter Anken (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 27. November 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 64 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4124. 2019/472

**Postulat von Stephan Iten (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 30.10.2019:
Normgerechter Ausbau der Zehntenhausstrasse bei der Hausnummer 8 und
Schaffung von Platz für eine Aussenbestuhlung für den Gasthof Löwen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1833/2019).

Heidi Egger (SP) begründet den von Dr. Davy Graf (SP) namens der SP-Fraktion am 20. November 2019 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ~~wie die Zehntenhausstrasse (Höhe Hausnummer 8) normgerecht ausgebaut werden kann. Weiter soll er prüfen,~~ wie für den Gasthof Löwen ausreichend Platz für eine Aussenbestuhlung geschaffen werden kann.

Stephan Iten (SVP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Das Postulat wird mit 34 gegen 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4125. 2019/488

**Postulat von Severin Pflüger (FDP) und Marcel Müller (FDP) vom 13.11.2019:
Verbindung der Quartiere Oerlikon mit Wipkingen und Affoltern mit Höngg durch
Velotunnels sowie Nutzung des Lettentunnels für Velos**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Severin Pflüger (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1877/2019).

Ernst Danner (EVP) begründet den namens der Parlamentsgruppe EVP am 27. November 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 62 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4126. 2021/286

Postulat von Derek Richter (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 23.06.2021: Realisierung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Bernstrasse / Hermetschloo- brücke / Bändlistrasse

Von Derek Richter (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 23. Juni 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie an der Kreuzung Bernstrasse / Hermetschloo-
brücke / Bändlistrasse ein Kreisverkehr realisiert werden kann.

Begründung:

Kreisverkehre bieten mehrere Vorteile. Sie zeichnen sich im Vergleich zu konventionellen Kreuzungen durch eine geringere Anzahl an Konfliktpunkten aus, woraus eine höhere Verkehrssicherheit resultiert. Die gefahrenen Geschwindigkeiten sind deutlich niedriger, wobei der Verkehr jedoch flüssig bleibt. Ebenso ist der Anteil der versiegelten Fläche im Vergleich zum heutigen Zustand signifikant kleiner. Auf eine Lichtsignalsteuerung, welche zu lärmintensivem Beschleunigen beziehungsweise Feinstaub erzeugendes Abbremsen führt, soll verzichtet werden. Zudem sind Kreisverkehre energiesparend, da keine Elektroinstallationen für die Lichtsignalanlagen angebracht werden müssen.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

4127. 2021/287

Dringliche Schriftliche Anfrage von Beat Oberholzer (GLP), Marco Denoth (SP) und 43 Mitunterzeichnenden vom 23.06.2021: Epidemiologische und sicherheitspolitische Herausforderungen im Zusammen- hang mit dem zunehmenden Nachtleben, Auswirkungen einer längeren Bewirt- schaftung der Aussenterrassen auf Konflikte in den Ausgehquartieren, Verpflich- tungen für die Durchführung von Partys im Aussenbereich und Bedingungen für eine Bewirtung der Aussengastronomie bis nach 24 Uhr sowie Unterstützung von Gastronomiebetrieben ohne eigene Aussenfläche

Von Beat Oberholzer (GLP), Marco Denoth (SP) und 43 Mitunterzeichnenden ist am 23. Juni 2021 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich lebt wieder. Besonders an den Wochenenden zieht es wieder tausende Menschen nach Zürich. Auch das Nachtleben nimmt wieder an Fahrt auf. Davon zeugen diverse spontane Partys und Menschenansammlungen feiernder Personen, welche sich in den letzten Wochen rund um das Seebecken, im Niederdorf, an der Langstrasse oder rund um die Bahnhöfe bildeten. Dies bringt epidemiologische und sicherheitspolitische Herausforderungen. Mit den sommerlichen Temperaturen und der Inbetriebnahme des Nachtnetzes werden sich solche Vorkommnisse häufen, auch weil Clubs ihre Innenräume nur eingeschränkt nutzen können und die Aussengastronomie um 24 Uhr schliessen muss. Dass sich das Nachtleben und Ausgehbedürfnis der Menschen nach 24 Uhr nicht in Luft auflöst, hat der letzte Sommer gezeigt: trotz frühen Terrassen- und Ladenschliessungen waren die Lärmklage noch nie so hoch wie 2020.

Für Gastronomiebetriebe, die über keine Aussenflächen verfügen, ist die unternehmerische Situation weiter prekär. Diese Betriebe konnten nicht nur erst später ihre Türen öffnen, ihre Kapazitäten sind weiterhin durch die Covid-19-Schutzmassnahmen limitiert, hinzu kommt das erhöhte Bedürfnis der Gäste, sich draussen aufzuhalten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Stadtrat die Einschätzung, dass sich eine längere Bewirtschaftung der Aussenterrassen positiv auf Konflikte in den Ausgehquartieren auswirken könnte?
2. Welche Mittel stehen Veranstalter*innen zur Verfügung, wenn sie eine Party outdoor legal durchführen wollen? Welche Verpflichtungen müssen sie dabei eingehen?
3. Welche Strategie verfolgt der Stadtrat, damit Quartierfeste (Openairs, Idaplatz-, Röntgenplatzfest) in diesem Sommer mit musikalischem Programm stattfinden können?
4. Unter welchen Bedingungen ist der Stadtrat bereit, eine längere Bewirtung der Aussengastronomie nach 24 Uhr ohne zu starke Lärmbeeinträchtigung der Nachbarschaft zu ermöglichen?
5. Wie gedenkt der Stadtrat, Gastronomiebetriebe ohne eigene Aussenfläche zu unterstützen? Bestehen Überlegungen zur Bereitstellung von zusätzlichen Terrassen-Flächen für solche Betriebe oder zu einer bevorzugten Behandlung, wenn es um die Gastronomie bei Strassenfesten der öffentlichen Hand geht?

Mitteilung an den Stadtrat

4128. 2021/288

Schriftliche Anfrage der AL-Fraktion vom 23.06.2021: Besteuerung der Dividenden und Einkünften aus qualifizierten Beteiligungen, deklarierte Bruttoerträge der Jahre 2012 bis 2019, Anzahl der betroffenen Steuerpflichtigen und geschätzte Steuerausfälle pro Jahr

Von der AL-Fraktion ist am 23. Juni 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Eine Volksinitiative verlangt, die Besteuerung der heute nur zu 50 Prozent besteuerten Dividenden und Einkünften aus qualifizierten Beteiligungen (Personen, die mehr als 10 Prozent der Anteile einer Gesellschaft halten) zu erhöhen. In der schriftlichen Anfrage 2013/187 hat der Stadtrat die deklarierte Werte aus qualifizierten Beteiligungen für die Jahre 2008 bis 2011 angegeben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Deklarierte Bruttoerträge aus qualifizierten Beteiligungen gemäss § 18 bis und § 20 Abs. 2 StG der Jahre 2012 bis 2019
2. Anzahl der jeweils betroffenen Steuerpflichtigen
3. Geschätzte Steuerausfälle pro Jahr

Mitteilung an den Stadtrat

4129. 2021/289

Schriftliche Anfrage von Ronny Siev (GLP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 23.06.2021: Antisemitische Kundgebungen auf der Gemüsebrücke, Beurteilung der Kundgebungen, Einfluss auf die Sicherheit der jüdischen Bevölkerung und Mittel zur Unterbindung solcher Parolen und Transparente sowie Möglichkeiten zur Verhinderung solcher Demonstrationen

Von Ronny Siev (GLP) und Roger Bartholdi (SVP) ist am 23. Juni 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit Anfang Mai 2021 haben auf der Gemüsebrücke mindestens drei Kundgebungen stattgefunden, in denen antisemitische, verleumderische und hetzerische Parolen skandiert und Transparente zur Schau gestellt wurden. Diese rufen zu Hass auf und sind für die jüdische Bevölkerung enorm verletzend. Israel wurde lautstark des Kindermordes bezichtigt und auf einem Transparent mit Nazideutschland gleichgesetzt. Dies relativiert den Holocaust und ist verleumderisch. Antisemitische Stereotype werden heute oft auf Israel projiziert bzw. Israel zum "kollektiven Juden" stilisiert, oder dem Staat werden negative "jüdische Eigenschaften" zugeschrieben. Die Arbeitsdefinition des Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance

(IHRA) welche der Bundesrat, gemeinsam mit Empfehlungen am 4. Juni 2021 adaptierte, kann zur Bekämpfung des Antisemitismus von Gemeinden, also auch in Zürich als zusätzlicher Leitfaden dienen, um antisemitische Vorfälle zu identifizieren und verhindern.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass antisemitische Parolen an Kundgebungen in der Stadt Zürich skandiert werden?
2. Hat dieses Aufwiegeln zum Hass direkte Auswirkungen auf die Sicherheit der hier lebenden Juden?
3. Wie schätzt der Stadtrat das Sicherheitsempfinden der jüdischen Bevölkerung in Zürich insgesamt ein?
4. Welche Handhabe hat der Stadtrat, antisemitische Parolen und Transparente an Kundgebungen zu unterbinden?
5. Was haben Kundgebungen an denen antisemitische Slogans skandiert oder Plakate gezeigt werden für Auswirkungen auf künftige Bewilligungen für Kundgebungen und Demonstrationen desselben Veranstalters?
6. Wie wird der Stadtrat in Zukunft Möglichkeiten und Handhabungen nutzen, um antisemitische Kundgebungen und Demonstrationen zu verhindern?

Mitteilung an den Stadtrat

4130. 2021/290

Schriftliche Anfrage von Roger Bartholdi (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 23.06.2021:

Illegales Anbringen von Transparenten und Fahnen im Rahmen politischer Werbung, Rechtsgrundlagen für die Benutzung des öffentlichen Raums für politische Zwecke, Umgang mit dieser Art der Werbung, Einfluss auf die Medien und Plakatgesellschaften sowie Kosten für die Entfernung dieser Werbung

Von Roger Bartholdi (SVP) und Walter Anken (SVP) ist am 23. Juni 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die illegale Werbung auf öffentlichem Grund nimmt in der Stadt Zürich stetig zu und ist ein Ärgernis für die Bevölkerung. Besonders das illegale Anbringen von Transparenten und Fahnen hat ein unerträgliches Mass angenommen. Leidtragende sind unter anderem die Medien oder die Plakatgesellschaften, welche dadurch Einnahmen verlieren und Arbeitsplätze abbauen müssen. Dazu entstehen Kosten für das Entfernen oder das Einsammeln sowie die Entsorgung der Transparente und Fahnen (Umweltverschmutzung). Deshalb ist solche politische Werbung umgehend beziehungsweise so schnell als möglich zu entfernen. Dies hat auch eine präventive Wirkung auf zukünftige politische Aktionen. Leider wurde das Postulat 2020/414 nicht an den Stadtrat überwiesen und auch die Dringlichkeit kam am 25. November 2020 nicht zustande. Die Situation hat sich in der Zwischenzeit weiter verschärft und es ist davon auszugehen, dass wenn die Stadt nicht reagiert, die Negativspirale weiterdreht. Es ist höchste Zeit zum Handeln.

In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Rechtsgrundlagen bestehen für die Benutzung des öffentlichen Raums für politische Zwecke?
2. Weshalb werden illegale politische Plakat-, Fahnen- oder Banner nicht konsequent entfernt?
3. Wäre es aus Sicht des Stadtrates nicht sinnvoll, analog von Sprayereien oder Graffiti ein Team oder eine Unternehmung einzusetzen, welche illegale Werbung aus dem öffentlichen Grund umgehend entfernen kann?
4. Besteht nicht die Gefahr, dass mit dieser Laissez faire-Politik, der Duldung von illegalen Plakaten, Fahnen oder Bannern die «Zupflasterung» der Stadt Zürich weiter zunimmt?
5. Mit der stetigen Zunahme von illegalen Werbemitteln und dem Missbrauch des öffentlichen Grunds werden auch die Werbeeinnahmen in Zeitungen, Medien oder von Plakatgesellschaft negativ beeinflusst und weiter abnehmen. Wie beurteilt es der Stadtrat, dass dies langfristig negative Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Einnahmen von Zeitungen und Plakatgesellschaften haben und sogar zu Entlassungen führen kann?
6. Welche Kosten entstehen für die Entfernung solcher illegaler Werbung für die Stadt (Entfernung und Entsorgung)? Wie haben sich diese Kosten oder der Aufwand in den letzten Jahren entwickelt?
7. Besteht die Möglichkeit, die Entfernung und die Entsorgung dieser illegalen Werbung den Verursacher in Rechnung zu stellen? Falls ja, wurde dies in letzter Zeit umgesetzt und wie war der Erfolg? Falls dies

aus Sicht des Stadtrates nicht möglich ist: Welche Grundlagen müssten erstellt werden, damit eine Verrechnung stattfinden kann?

8. Wie glaubwürdig erachtet der Stadtrat solche illegalen Kampagnen auf öffentlichem Grund, wenn es um umweltpolitische Anliegen geht und damit der Umweltschutz direkt ignoriert wird?

Mitteilung an den Stadtrat

4131. 2021/291

Schriftliche Anfrage von Olivia Romanelli (AL) und Natalie Eberle (AL) vom 23.06.2021:

Aktualisierung der Schulwegkarte, Kadenz der Aktualisierungen, Art und Umfang der erhobenen Schulwegdaten, Bedeutung der Karte für die Planung von Strassenprojekten sowie generelle Haltung zur Sicherung des Strassenraums für Kinder auf den unmittelbaren Schulwegen und für andere zu Fuss gehende Minderheiten

Von Olivia Romanelli (AL) und Natalie Eberle (AL) ist am 23. Juni 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Schulwegkarte wird im Zusammenhang mit Strassenprojekten, Fragen zur Schulwegsicherheit, oder der Aufhebung von Fussgängerstreifen auf Tempo-30-Strecken oder -Zonen oft zitiert.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wann wurde die Schulwegkarte das letzte Mal aktualisiert? Wie häufig wird sie aktualisiert?
2. Wie werden die Schulwegdaten erhoben?
3. Werden die Schulwege aller Kinder in die Karte integriert? Werden auch die Schulwege vereinzelter Kinder berücksichtigt?
4. Sind alle Wege zu schulischen Einrichtungen erfasst, die von Kindern besucht werden, einschliesslich Schulgebäude, Horte, Musikschulen, Schulsport, Musikschule, Schwimmbäder? Falls nein, warum wird darauf verzichtet?
5. Werden auch Wege zu Spielplätzen erfasst? Falls nein, warum nicht?
6. Werden Schulwege zu Privatschulen in die Karte integriert? Falls nein, warum werden die Schulleitungen von Privatschulen nicht miteinbezogen, wenn es darum geht, Schulwege und Strassenquerungen für Kinder zu sichern, beispielsweise auch für Kinder, die einen Teil des Schulwegs mit dem öffentlichen Verkehr zurücklegen und dann von der Traminsel sicher auf das Trottoir gelangen sollen?
7. Welche Bedeutung hat die Schulwegkarte in der Planung von Strassenprojekten?
8. Ist der Stadtrat der Auffassung, dass Wege im Strassenraum für Kinder nur auf unmittelbaren Schulwegen zu sichern sind und anderenorts die Anforderungen an die Querungssicherheit für zufussgehende Minderheiten, wie beispielweise Kinder, weniger gewichtet werden kann?
9. Auf der Schulwegkarte werden Strassenübergänge mit vier verschiedenen Schwierigkeitsstufen markiert. Wieviele Prozente der Schulkinder im 1. Zyklus, nach Alter aufgelistet, sind aus entwicklungspsychologischer Sicht (bitte um Quellenangabe) in der Lage, eine Strasse mit Auto- und Veloverkehr ohne Vortrittsrecht für Zufussgehende (also ohne Fussgängerstreifen) selbständig und sicher zu queren? (Bspw. im Bezug auf das Abschätzen einer Fahrgeschwindigkeit und zuerst links und dann rechts zu schauen und die Informationen daraus zu verarbeiten und unmittelbar und dazu noch richtig zu reagieren)
10. Warum werden Schulwege erfasst? Wir bitten darum, gesondert auf diese Frage einzugehen.

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 30. Juni 2021, 14 Uhr.